

Alle Wochenschriften nehmen Bestellungen auf dieses Blatt an, für Breslau die Expedition der Breslauer Zeitung, Herrenstraße Nr. 20. Insekten- und Gebirgs für den Raum einer feststehenden Zeitungsstelle 1/2 Sgr.

Das vierteljährliche Abonnement beträgt in Breslau 1 Rthl. 15 Sgr., außerhalb in allen Theilen der Monarchie incl. Postzuschlag 1 Rthl. 24 Sgr. 6 Pf. Die Zeitung erscheint täglich, mit Ausnahme der zwei Feiertage.

Breslauer



Beitung.

N^o. 136.

Sonnabend den 17. Mai

1851.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 15. Mai, Morgens 7 Uhr. In betrügerischer Fälschung wurde der preussische Bundes- tags-Gesandte von Moskau vom Grafen Thun feierlich eingeführt; von Moskau wird am 18. nach Warschau abreisen, aber von dort bald zurück erwartet.

Paris, 13. Mai, Abends 8 Uhr. Im Departement Gard haben Unruhen stattgefunden; der Grund derselben war nicht politischer Natur; das herbeigerufene Militär hat auf den versammelten Volksmassen einen Bajonnet-Angriff gemacht, die Ruhe ist wieder hergestellt.

Paris, 12. Mai, Abends 8 Uhr. In der Legislativen beantwortete der Minister des Innern, Faucher, eine Interpellation, betreffend Vorgänge im Departement Aisne, Abweisung des Mairs und Auflösung der Nationalgarde. — Die Tagesordnung ist hierauf mit großer Majorität angenommen worden. — Heute veranstalteten die Fusionisten ein großes Diner, zu welchem auch Chancancanier eingeladen worden ist. — Von Seiten des Ministeriums wird der Nachricht widersprochen, daß 14 Regimenter auf Paris beordert worden seien.

Lisbon, 4. Mai. Saldaña, fast mit der Macht eines Diktators betheilt, rückt gegen Vissabo vor. Dort ist ein versuchter Aufstand gescheitert. Der König ist am 3. wieder in Vissabo eingetroffen.

Paris, 14. Mai, Nachmittags 5 Uhr 30 Min. 3pSt. 56, 10. 5pSt. 90, 45.

London, 13. Mai, Nachmittags 5 Uhr 30 Minuten. Con- sults 97 1/2, 1/4.

Warschau, 12. Mai, 7 Uhr Morgens. Ihre Majestäten der Kaiser und der Kaiserin von Rußland sind gestern Nachmittags um 6 Uhr von St. Petersburg im besten Wohlsein hier eingetroffen.

Hamburg, 15. Mai, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide, unverändert, still. — Del, 20 1/2, pr. Oktober 20 1/2, flau.

Frankfurt a. M., 15. Mai, Nachm. 2 Uhr 30 Min. Nordbahn 40 1/2.

Songkiew, 29. März. Der Insurgent Chiu Apow ist zu lebenslänglicher Landesverweisung verurtheilt worden. Der Gouverneur von Manilla ist aus Sulu zurückgekehrt, woselbst er 130 Kanonen genommen und den rebellischen Sultan verjagt hat.

Uebersicht.

Breslau, 16. Mai. Ueber die Anwesenheit Sr. Majestät des Königs in hiesiger Stadt berichten wir weiter unten ausführlicher. Sr. Majestät haben und heute Nachmittags verlassen, um die Reise nach Warschau fortzusetzen.

3. Mai. Die Königin hat wegen des eingetretenen Ablebens der Herzogin von Leuchtenberg (Halbwidwe der Kaiserin) die Reise nach Warschau ganz aufgegeben. (S. Berlin und München.)

Der Finanzminister v. Rabe wird die Geschäfte bis zur Ernennung seines Nachfolgers, die sich jedoch noch einige Zeit hinzuziehen dürfte, fortzuführen.

Ministerpräsident v. Manteuffel wird erst Sonnabend den 17ten in Berlin wieder eintreffen, da der König von Sachsen am 16. allen anwesenden Bevollmächtigten ein großes Diner giebt. Am 18ten reist Ministerpräsident v. Manteuffel nach Warschau.

Die Notariats-Ordnung hat die königl. Genehmigung erhalten. In mehreren höheren Militärchargen stehen Abschiedsbewilligungen bevor, unter anderen soll auch der General-Lieutenant v. d. Gröben (Kommandirender Ende v. S. in Kurpfalz) das Abschiedsgesuch bewilligt erhalten haben.

In Köln haben wegen eines Plakates mehrere Hausdurchsuchungen stattgefunden.

Unsere Berliner SS-Korrespondenz beschäftigt sich heute mit der Broschüre Bülau's über den Eintritt von Gesamt-Österreich in den deutschen Bund.

Die Ministerpräsidenten Fürst Schwarzenberg und v. Manteuffel sind am 14. in Dresden eingetroffen, der Erstere Morgens, der Letztere Mittags. Gleichzeitig sind auch mehrere andere Ministerialräthe alle deutschen Regierungen dorthin angelangt, und zwar ausgehen waren.

Die Konferenzen sind am 15. geschlossen worden. Ein folgereicher Beschluß ist wahrscheinlich nicht gefaßt worden. Höchstens sollte nachgestellt werden, daß bei den künftigen Bundestagssitzungen der Fall nicht mehr Platz greifen sollte, daß aus „Mangel an Instruktionen“ die Beschlüsse der Dresdener Konferenzen verzögert werden könnten. Die Arbeiten der Bundestage übergehen.

Der Kaiser und die Kaiserin von Rußland sind am 13. Mai in Warschau eingetroffen.

Die russische Regierung soll in Vättich 100,000 Gewehre bestellt haben.

Zu München beriebt am 12. die Kammer der Reichsräthe das Notariatsgesetz. Von der Annahme oder Verwerfung der vorzulegenden Bestimmungen dieses Gesetzes wird das Austreten oder Verbleiben einiger bayerischer Minister abhängen. — Am 13. ist die Herzogin von Leuchtenberg gestorben.

Halboffizielle Stimmen aus Württemberg gestehen zu, daß eine Annäherung zwischen Berlin und Stuttgart stattgefunden habe und eine baldige Wiederanknüpfung des diplomatischen Verkehrs in Aussicht stehe.

Zu Darmstadt hat das Ministerium in der zweiten Kammer am 12. eine Niederlage erlitten.

Von der Niederelbe wird uns gemeldet, daß Hannover eine Zusammenkunft zwischen Hannover, Oldenburg und den Hansestädten veranlassen werde, um das Nöthige wegen Erhaltung der deutschen Flotte zu verabreden. Erst neuerdings sollen für dieselbe 60 Matrosen angeworben worden sein.

Am 13. Mai haben sich die holländischen Notabeln von Kiel aus, wo sie sich Tags vorher Behufs einer vorgängigen Besprechung zusammengefunden hatten, nach Flensburg begeben. Sie werden sich jedenfalls nur nach Einlegung eines Protestes gegen jedes Arrangement, welchem die Trennung der Herzogthümer zu Grunde liegt, auf weitere Verhandlungen einlassen.

In Kopenhagen ist eine Bekanntmachung des Generalpostdirektors erschienen, die in Folge eines in Kiel gegen das königliche Postdampfschiff „Eider“ verübten Exzesses verfügt, daß das Postdampfschiff bis auf Weiteres nicht mehr Kiel, sondern Wismar oder Lübeck anlaufen soll. Dieses Mal soll es noch unter Beobachtung der nöthigen Vorsichtsmaßregeln nach Kiel gehen. Mittlerweile ist am letzten Orte eine polizeiliche Bekanntmachung erschienen, der zufolge die Excedenten zur gehörenden Verantwortung gezogen sind. Die Notabeln für das Königreich Dänemark sind am 12. nach Flensburg abgegangen; an demselben Tage wollte auch Herr v. Billisch abreisen.

Zu Paris erhält das Wahlgesetz vom 31. Mai immer mehr Gegner, auch Persigny gehört zu denselben. Im Ministerium sollen deshalb schon Spaltungen eingetreten sein, indem ein Theil für, ein Theil gegen dasselbe ist. Man spricht von einem Ministerium Odilon Barrot, der das Wahlgesetz wesentlich modificirt haben will. — Die Einigung der beiden königl. Parteien scheint ganz verunglückt zu sein. — In Paris sprach man am 13. von Herbeiziehung von 14 Regimenten, welchem Gerüchte am folgenden Tage die Minister widersprachen.

Zu London hat das Unterhaus am 12. die Einkommensteuer-Bill definitiv angenommen.

Daß die Königin von Spanien sich in interessanten Umständen befindet, wird nun offiziell bestätigt.

*** Breslau, 16. Mai.** Sr. Majestät der König verweilen heute bis drei Uhr Mittags in unserer Stadt und setzen dann mittelst Erptzuges der ober-schlesischen Eisenbahn die Reise nach Warschau fort.

Zu der großen Parade, welche heute Vormittags stattfand, waren sämtliche Truppen der hiesigen Garnison kommandirt. — Der Exercierplatz war schon frühzeitig vom Publikum eingeschlossen, selbst auf der Dächern des Ständehauses, des neuen Justizpalastes und des Theaters bemerkte man Zuschauergruppen. Um 9 1/2 Uhr begann die Parade, welche von Sr. Majestät dem Könige abgenommen und durch Herrn Brigadier-Commandeur, Generalmajor v. Reichenstein kommandirt wurde. Sr. Majestät befanden sich, von Allerhöchstem Befehl und dem gesammten Generalstabe umgeben, unweit der Rampe des königlichen Schlosses, während die Truppen in folgender Ordnung vorbeizögen. Voran das 1. Kürassier-Regiment, dann das 10te und 19te Infanterie-Regiment, das 6te Jäger-Bataillon und zum Schluß eine Abtheilung des 6ten Artillerie-Regiments mit Geschützen. Unter dem Schalle lustiger Märsche defilirten die genannten Truppentheile zuerst in Zügen, dann in Kolonnen vor Sr. Majestät dem Könige vorbei. Der Abmarsch geschah vom Theater nach der Richtung des Ständehauses zu. Vor beendeter Parade hatte die Stammkompanie des hiesigen Gardelandwehr-Bataillons nach der Rampe des Schlosses Spalier gebildet. Sr. Majestät begaben sich jedoch mitten durch die Volksmenge nach dem Palais, wobei Ihm zahlreiche Bittschriften überreicht wurden, die Allerhöchsterseits eigenhändig entgegengekauft. Wir erfahren, daß auch gestern eine nicht unbedeutliche Anzahl Gesuche dem Könige persönlich überreicht wurden, unter anderen das Begnadigungsgesuch eines Hrn. Berff, welcher in Folge des Freiburger November-Prozesses zu 1 1/2 Jahren Gefängnis verurtheilt ist.

Wenige Minuten nach Abhaltung der Parade, die um 10 Uhr beendet war, fuhr Seine Majestät der König in Begleitung Seines Gefolges nach der Magdalenen-Kirche, wo Allerhöchsterseits schon im Vorhinein durch das versammelte Kirchenkollegium empfangen wurde. Beim Eintritt des Königs in die geweihten Räume begrüßte Ihn der Sängerkor der Kirche mit einem Liede unter Begleitung. Darauf beauftragten Seine Majestät alle Räumlichkeiten der Kirche und wendeten namentlich dem Glasfenster hinter dem Altar (bekanntlich ein Geschenk Seiner Majestät) große Aufmerksamkeit zu. Gegen die Mitglieder des Kirchenkollegiums drückten Seine Majestät darüber Seine freudige Überraschung aus. Allerhöchsterseits äußerte, daß Er den Totaleindruck des Glasgemäldes jetzt erst kennen lerne und fügte hinzu, daß die neue Ausstattung der Kirche ihr zur Zierde gereiche.

Sr. Majestät hatten ungefähr eine halbe Stunde in der Magdalenenkirche verweilt und fuhrten sodann nach der fürstbischöflichen Residenz. Hier wurde der König durch Sr. Eminenz den Kardinal-Fürstbischof von Breslau im großen Koursale empfangen. Auf den Wunsch Sr. Majestät, die Gemächer der fürstbischöflichen Residenz kennen zu lernen, wurden Allerhöchsterseits von Sr. Eminenz nach der oberen Etage geleitet.

Am halb 12 Uhr kehrte der König nach dem Palais zurück, wo sich die zur Tafel beschlenen Civil- und Militär-Personen, ungefähr 100 an der Zahl, bereits eingefunden hatten. Unter ersteren bemerkte man den Herrn Kardinal-Fürstbischof, die Obersten der höchsten Civilbehörden, mehrere ständische Mitglieder, ferner die Herren: Bürgermeister Barsch, Syndikus Anders, Justizrath Gräff, Handelskammer-Präsident Molinari, Kommerzienrath Lohbeck, Kuffer und Kracker, Direktor Wislowsky u. c. Einige Zeit vor Beginn des Diners traten Sr. Majestät unter die im Speisesaale versammelten Gäste und unterhielten sich mit mehreren derselben. — Gegen 3 Uhr wurde die Tafel aufgehoben und zur Abfahrt befohlen. Die Mehrzahl

der anwesenden Gäste aus dem Civil- und Militärstande hatte unter sich beschlossen, Sr. Majestät auf dem ober-schlesischen Bahnhofe zu erwarten. Als der König dort eintraf, hatte sich wiederum ein zahlreiches Publikum versammelt, welches Ihn, wie überall, wo Er sich blicken ließ, mit lautem Zurufe begrüßte.

Der Bahnhof war aufs strengste abgesperrt. Auf dem Perron wurden Sr. Majestät vom Direktorium der ober-schlesischen Eisenbahn und den meisten der zur Tafel gezogenen Personen empfangen. Ein dreimaliges Hurrah der Versammelten folgte dem hohen Gaste, welcher mit freudlichem Gruße Abschied nahm.

Im Gefolge Sr. Majestät befanden sich der russische General v. Benckendorf, die Adjutanten v. Gerlach, v. Bonin und v. Blumenthal, der General-Stabsarzt Grimm, der geb. Kabinetsrath Illaire, der Kammerier Schöning und der Hofpostmeister Balde.

In Myslowitz werden Sr. Majestät übernachten und morgen Nachmittags in Warschau eintreffen.

Preußen.

Berlin, 15. Mai. Sr. Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Hauptmann a. D. Fürstregott Casimir Hans Alexander Botho von Hülsen die Kammerherrnwürde zu verleihen; und den Regierungsrath von Reichenbach von der Regierung zu Köln bei seinem Uebertreten in die Militär-Verwaltung zum Militär-Intendantur-Rath zu ernennen.

Der königliche Hof legt von morgen an die Trauer auf vierzehn Tage für Ihre königl. Hoheit die verewittete Herzogin von Leuchtenberg an.

Bei der heute fortgesetzten Ziehung der 4ten Klasse 103ter königl. Klassen-Lotterie fiel ein Hauptgewinn von 10,000 Rthl. auf Nr. 11,537 nach Oberfeld bei Heymer; 1 Gewinn von 5000 Rthl. auf Nr. 61,780 nach Köln bei Reimbolt; 30 Gewinne zu 1000 Rthl. fielen auf Nr. 1774. 6326. 12,897. 13,894. 16,242. 23,798. 25,029. 25,847. 27,620. 28,129. 29,218. 31,300. 31,417. 33,167. 34,198. 34,504. 34,673. 36,774. 38,160. 41,961. 44,551. 45,597. 55,437. 59,978. 64,431. 65,861. 68,192. 77,536. 77,769 und 78,268 in Berlin bei Borchardt, bei Marzke, 2mal bei Magdoff und bei Seeger, nach Barmen bei Holzfäher, Bonn bei Haast, Breslau bei Schreiber, Köln 2mal bei Kraus und 2mal bei Reimbolt, Elbing bei Silber, Halle 2mal bei Lehmann, Piesitz 2mal bei Schwarz, Magdeburg bei Brauns und bei Noth, Marienwerder 2mal bei Bestvater, Münster bei Lohn, Neumarkt bei Wisfig, Posen bei Weßlau, Stettin bei Schwolow und 2mal bei Wilsnack, Wittenberg bei Haberland und auf ein nicht abgesetztes Loos; 30 Gewinne zu 500 Rthl. auf Nr. 492. 1264. 1766. 11,613. 13,915. 19,138. 19,735. 20,467. 24,012. 26,719. 28,809. 29,134. 35,498. 42,637. 43,850. 44,521. 46,914. 47,479. 48,482. 49,994. 54,271. 55,770. 59,916. 63,484. 63,756. 67,550. 68,809. 72,069. 72,550 und 76,933 in Berlin bei Alwin, bei Borchardt, bei Burg, bei Gratz, bei Moser und 2mal bei Seeger, nach Breslau bei Froberg, 2mal bei Schreiber und bei Sternberg, Breg bei Böhm, Koblenz bei Seewich, Köln bei Reimbolt, Düsseldorf bei Spas, Frankenstein bei Friedländer, Graubenz bei Lehmann, Halberstadt bei Fußmann, Halle bei Lehmann, Langensalza bei Wels, Magdeburg bei Brauns, Posen bei Bielefeld, Ratibor bei Samojz, Sagan 2mal bei Wisenthal, Weisenfeld bei Hommel, Wittenberg bei Haberland und auf ein nicht abgesetztes Loos; 56 Gewinne zu 200 Rthl. auf Nr. 82. 2428. 3950. 6447. 6885. 10,029. 10,656. 12,072. 12,195. 12,246. 14,614. 15,717. 19,207. 22,939. 23,017. 23,206. 24,269. 28,824. 28,885. 32,233. 35,896. 40,551. 40,810. 42,014. 42,250. 42,783. 44,186. 44,693. 47,786. 50,842. 51,441. 52,341. 53,719. 53,888. 54,815. 55,920. 59,012. 61,154. 62,098. 62,465. 62,682. 64,299. 64,983. 66,429. 66,769. 67,299. 69,752. 70,218. 71,910. 73,228. 74,210. 74,309. 75,375. 75,830. 77,453 und 78,823.

Angekommen: Der bisherige außerordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister am kaiserlich österreichischen Hof, Graf von Bernstorff, von Wien. Abgereist: Sr. Hoheit der Erbprinz von Anhalt-Desau, nach Desau. Sr. Excellenz der Staatsminister a. D., Graf von Arnstein-Seben, nach Dresden. Sr. Excellenz der Ober-Burggraf des Königreichs Preußen, von Brünneck, nach Trebnitz. Sr. Excellenz der großherzoglich mecklenburg-schwerinsche Staats-Minister, Graf von Bülow, nach Stettin. Sr. Excellenz der herzoglich anhalt-köthensche Staats-Minister, von Götter, nach Köthen.

SS Berlin, 14. Mai. [Der Eintritt von Gesamt-Österreich in den deutschen Bund.] Daß das Wiener Kabinet weit davon entfernt ist, den Plan in Betreff des Eintritts von Gesamt-Österreich in den Bund aufgegeben zu haben, beweist unter Anderem auch der Eifer, mit dem in neuerer Zeit die österreichischen und die österreichisch gesinnten Organe ventiliren. Besonders thätig dabei ist auch die sächsisch-ministerielle Presse, vor allen die Freimüthige Sachsen-Zeitung. Soeben hat nun auch einer der Stimmführer der österreichischen Partei in Sachsen ein „publizistisches Wortum“ über den Eintritt Gesamt-Österreichs in den deutschen Bund abgegeben. Herr Bülau kommt zunächst auf den Widerspruch, den jenes Projekt in Deutschland und im Auslande gefunden hat. Der deutsche Widerspruch wundert ihn. Franzosen und Engländern würde es niemals beifallen, das Anerbieten einer so gewaltigen Erweiterung ihres politischen Machtgebietes zurückzuweisen. Dafür führt Hr. Bülau nun schlagende Beispiele an, wie folgende sind: Englands Union mit Schottland und mit dem celtischen Irland, Frankreichs Elsaß, Bretagne und Korsika, seine Eroberungen unter dem Kaiserreich, ja sogar Algerien muß Hr. Bülau's Ansicht unterstützen. Der kleine Unterschied befürchtet Hr. Bülau nicht, daß nämlich Frankreich diese Gebiete an sich zu reißen suchte, um sie zu beherrschen, während die jetzt in Frage stehende Gebietserweiterung eine für Österreich und nicht für Deutschland sein würde. Aber diese halbschlagenden Deutschen wollen nicht sehen, sie wollen

sich nicht von Slaven erobern lassen, oder, wie Hr. Bülau sich sehr treffend ausdrückt: „Nur Deutschen ist es gegeben, eine durch freien Entschluß der Regierungen zu bewirkende Herstellung eines Reiches von 70 Millionen Menschen auszusprechen.“ Begreiflicher erscheint Hr. Bülau die Einsprache des Auslandes. Frankreichs traditionelle Politik und Englands kommerzielle Eifersucht sind nach Hr. Bülau die Gründe ihres Widerspruchs. Hr. Bülau belehrt sie aber, daß sie nicht allein kein Interesse haben, jener Kombination zu widersprechen, sondern im Gegentheil ein Interesse, ihr Zustandekommen zu fördern, nämlich aus folgenden Gründen. Erstens, der alte abgebrauchte Grund, daß es im Interesse der Ruhe und des Friedens von Europa der Revolution gegenüber liege, daß eine Vereinigung einer so gewaltigen Länder- und Völkermasse geschaffen werde. Auf den zweiten Grund bitten wir namentlich zu achten, da er besonders geschickt von Hr. Bülau gewählt ist, um die Sache, die er vertheidigen will, den halbschlagenden Deutschen gemießer zu machen. Hr. Bülau behauptet nämlich, „daß diese Staatenvereinigung auf einem föderativ-Verhältnisse beruhend, an dessen Spitze zwei Großmächte stehen, welche fortwährend etwas Rivalisirendes haben werden und in dessen Mitte es auch nie an oppositionellen Elementen mangeln wird, dessen Entschließung langsam, dessen Bewegung schweifig und verwickelt ist, dessen vielgegliederte Zusammensetzung dem Auslande jederzeit Handhaben bieten wird, zwar zur Vertheidigung stark genug, zum Angriff aber in keiner Weise geeignet, daß sie sicher, aber nicht bedrohend ist.“ Hr. Bülau sucht dem Auslande noch weitere Verunsicherung über das große Mittelreich zu geben, die wiederum ein Fingerzeig für Deutschland sein kann, indem er mit einem Seitenblick auf die Union bemerkt, daß diese zur Vertheidigung schwächer, zum Angriff aber geschickter sein dürfte. Also für das Ausland liege nichts Bedrohliches darin. England habe kein Kontinentalsystem zu fürchten, und wenn Frankreich etwa für den Fall eines Krieges in Italien fürchte, nicht allein Österreich, sondern das gesammte Deutschland sich gegenüber zu sehen, so sei das praktisch nicht begründet. Denn selbst vor dem Jahre 1848 würde jeder Krieg Österreichs mit Frankreich ein Reicheskrieg geworden sein. Umgekehrt erlange auch Deutschlands Kriegskraft gegen Außen durch die beabsichtigte Maßregel in Bezug auf den jetzigen Zustand keine neue Verstärkung, denn wenn Deutschland mit Frankreich in Krieg geräthen wäre, so würde Österreich auch seine nichtdeutschen Truppen ins Feld geführt haben. Ebenso werde es auch vorkommen, daß an Kriegen, bei deren Gründen nicht das gesammte Deutschland theilhaftig sei, auch nicht das gesammte Deutschland theil nehme, was z. B. die schleswig-holsteinische Sache zeige. Kurz der österreichische Plan hat Hr. Bülau zufolge nichts Bedrohliches für das Ausland. Österreichs Interessen seien deutsche, Österreich werde stets für Preußen und Preußen für Österreich kämpfen und das übrige Deutschland werde dem Beispiel folgen. Im Gegenfalle werde ein Papier auch in diesem Punkte nichts ändern. Herr Bülau sucht hierauf staatsrechtlich nachzuweisen, daß die Wiener Verträge dem Auslande kein Recht zur Einsprache geben, sondern daß die Sache eine rein innere Angelegenheit Deutschlands sei. Wie wollen hierüber mit Hr. Bülau nicht streiten. Angenommen übrigens, daß sein Citat aus Martens droit des gens auf den vorliegenden Fall passe, was nämlich heißt: „La garantie des traités n'autorise pas à s'opposer au changement que la partie contractante voudrait faire“ — so wollten wir beiläufig Hr. B. daran erinnern, daß ja die österreichische Politik, die er so warm vertheidigt, dem eben citirten Satz zuwider, der die neue schweizer Bundesverfassung angreifen will. Hieran wendet sich Herr Bülau zu den Gründen, welche in Deutschland gegen den Gesamteintritt Österreichs geltend gemacht wurden. Zuerst, die verschiedenen Nationalitäten des österreichischen Staates. Hr. B. führt hier wieder sehr passende Beispiele von Staaten an, wo ähnliche Verhältnisse stattfanden, z. B. England, Frankreich, Belgien, die Schweiz, Preußen, wo auch verschiedene Sprachen gesprochen wurden. Dem Einwande, daß in einem künftigen deutschen Parlamente ein Konflikt der Sprachen ausbrechen könnte, begegnet Hr. B. damit, daß in einem solchen Parlamente hienächst nur die sächsischen Korporationen vertreten sein und also wahrscheinlich nur Männer dort sitzen würden, welche die nöthige Bildung besäßen. Auch hofft Hr. B. von dem Mangel von Croaten auf einem solchen Parlamente eine weit ersprießlichere Wirksamkeit, als von manchem Manne mit unedelm Namen und welscher Gesinnung. Er malt sodann weiter die Vortheile aus, die es für Deutschland haben würde, wenn seine Heere an der türkischen Grenze oder in Italien sich praktisch ausübten. Das Bangmachen mit der österreichischen Herrschaft über ganz Deutschland als einem Siege des Absolutismus und der Volkverdrümmung nennt Hr. B. plumpe Klünste. Österreich wolle nicht herrschen, sondern nur Ruhe und Sicherheit in Deutschland, Österreich habe sich auch vor dem März in die inneren Angelegenheiten der einzelnen Staaten nicht gemischt, Österreich habe die deutschen Verfassungen und deren Entwicklungen nicht verhindert, weil hat denn von Bundeswegen die Suspension von einzelnen Verfassungs-Paragrapphen, Preßgesetzen u. s. w. bewirkt? Österreich habe die kirchliche Bewegung von 1845 und 46 nicht aufgehalten (und das Verbot des Sultanz-Abolp-Bereins?), mit einem Worte Österreich habe niemals Reformen verhindert, wer sich davon überzeugen will, lese Hr. Bülau's Schrift. Keinenfalls werde man Österreich verhindern, mit seinen jetzigen Bundesländern dem Bunde beizutreten, sein Einfluß im Bunde werde aber dann gerade so sein, als wäre es ganz beizutreten. Dieser Einfluß werde sich nicht nach dem Maße seiner Bundesländer, sondern nach seiner realen Macht bemessen. Herr B. macht uns nun Furcht, daß Österreich Bedenken tragen werde, für einen Theil seiner Staaten Gesetze anzunehmen, die für den andern Theil seiner Staaten in Folge dessen die Bundesgesetzgebung unweit geltenden Hindernissen und Beschränkungen begegnen werde, als wenn ganz Österreich zum Bunde gehörte. Wir glauben, Deutschland wird sich darüber trösten, es kann höchstens dabei einige Polizeiverordnungen verlieren. Die Behauptung, als wäre der Kulturzustand eines großen Theiles der österreichischen Bevölkerung nicht reif zu gemeinsamen Einrichtungen mit dem übrigen Deutschland ist in Herrn B's Augen ein Wahn. Seinem deutsch-patriotischen Geiste erscheint die gerühmte Bildung der Bewohner Preu-

hens, Badens, Sachsens, Oldenburgs, Rheinlands u. f. w. nur dadurch unterschieden von der der unpolitischen Natur des in irgend einem Winkel des österreichischen Gesamtreiches, daß erstere einige Laster der Civilisation voraushaben, in freier Kraft und gesundem Sinne aber weit hinter letzteren zurückstehen. Also, schließt Hr. B., Einigung Österreichs in sich und dem weiteren Deutschland! So weit Hr. B. in seinem publizistischen Votum. Republikanismus wie die Schrift, so hat Hr. B. uns gesagt, erstens, Österreichs Einfluß im Bunde ist derselbe, auch wenn es nicht mit allen Provinzen beiträgt; zweitens, Österreich wird doch mit seiner ganzen Macht zu Deutschland halten, gleichviel ob es mit allen seinen Provinzen in den Bund eintrete oder nicht; drittens, auch ohne den Eintritt Gesamtösterreichs in den deutschen Bund seien Gesamtösterreich und Deutschland bei auswärtigen Kriegen, z. B. mit Frankreich, solidarisirt; viertens, an Kriegen, bei denen nicht das gesammte Deutschland oder Österreich theilgenommen, würden doch in keinem Falle Österreich oder resp. das gesammte Deutschland theil nehmen; endlich fünftens, jene von Österreich beabsichtigte große Staaten-Vereinigung werde schwerfällig in der Bewegung sein, dem Auslande jederzeit Handhaben bieten, zum Angriff ungeeignet, überhaupt für das Ausland nicht gefährlich sein. Hiermit bitten wir Herrn B. uns gefälligst zu sagen, welche Vortheile denn eine solche Staatenvereinigung Deutschlands gewähren würde?

Unter dem Titel: „Preußen im Jahre 1850 und seine Stellung zum Auslande“ ist hier so eben eine Schrift erschienen, welche angeblich ein Fragment aus dem im August 1850 geschriebenen politischen Testament eines verstorbenen Staatsmannes ist. Der Hauptzweck der Schrift ist der: zu zeigen, daß Preußen seiner geographischen Lage zwischen Frankreich und Rußland wegen eine selbstständige Politik nicht verfolgen, daher Bündnisse mit andern Großmächten eingehen müsse. Da die Schrift zu einer Zeit entstanden ist, wo die Union äußerlich noch bestand, so ist dies natürlich, daß der Verfasser es noch für nöthig erachtete, ihre Unhaltbarkeit nachzuweisen. Er spricht zunächst von dem Widerstande Österreichs gegen die Union, den er sehr erklärlich findet. Daß Rußland im Falle einer Spaltung zwischen den beiden deutschen Großmächten auf Seite Österreichs treten würde, habe zu befürchten gestanden. Die russische Regierung sei prinzipiell dem konstitutionellen System abgeneigt, denn sowie die französischen Zustände entscheidend auf Deutschland gewirkt hätten, so mächtig könnten einst die preussischen auf Rußland, besonders auf die Disprovinzen und auf Polen wirken. Rußland würde mit der Zeit den konstitutionellen Ideen eben so wenig entgegen als Deutschland, was aber in Betracht der Kulturstufe der russischen Völkerschaften für die Regierung sehr gefährlich werden würde. Daraus schließt der Verfasser, daß das konstitutionelle Preußen auf Rußland nicht mehr den alten treuen Alliierten habe. Auf Frankreich könne sich Preußen nicht stützen, weil die dortigen Zustände zu unsicher seien, und zuletzt mit einer nach außen eroberten Politik einig werden würden. Preußen sei durch seine konstitutionelle Verfassung nach außen hin geschwächt. Der Verf. sucht des Einzelnen zu zeigen, daß die englischen Institutionen nicht für das Festland taugen, wo die aristokratischen Elemente fehlen, um das Umsichgreifen der demokratischen Prinzipien zu verhindern. Jede Art von parlamentarischer Regierung sei daher für Preußen unzutraglich. — Es scheint nun zwar überflüssig mit einem Todten zu polemisieren, indeß der Ueberlebende augenscheinlich in tendenziöser Absicht die Schrift herausgegeben, so mögen dieselben nachfolgenden Bemerkungen auf sich beziehen. Es wird nämlich in der Schrift der Grundsatz aufgestellt, daß die Stellung des Staates nach außen der erste Gesichtspunkt des Gesetzgebers und die erste Norm seines Staatsrechts sein sollte und dem Einwande der konstitutionellen Doktrinen, daß in der Gefahr die Parteien schweigen, und jede Bewegung schwinden werde, wird mit der Bemerkung begegnet, daß es nicht ratsam sei, politische Einigungen bloß auf Gefinnung gegründet zu wollen. Dem zweifelsohne diplomatischen Verf. der Schrift kann man es allenfalls verzeihen, wenn er in seine diplomatischen Anschauungen und Gewohnheiten so hineinzuwachsen ist, daß er die Bestimmung des Staates lediglich in seiner diplomatischen Stellung sucht; was aber die Bemerkung gegen die Doktrinen betrifft, so schlägt dieselbe gerade ihren absolutistischen Verf., da jene Doktrinen bekanntlich den Verfassungsstaat selbst der besten absoluten Regierung um des willen vorziehen, weil letztere sich eben nur auf die Gefinnung des jedesmaligen Regenten stützt. Ebenso verfehlt ist auch das Beispiel Polens, das der Verf. als Beweis seiner Behauptungen über die konstitutionelle Staatsform anführt. Polen ist eine aristokratische Republik gewesen und durch die Aristokratie seinem Untergange entgegengedrungen. Ein Mittel, wie denn nun Preußen aus dem schlechten Konstitutionalismus herauskommen soll, giebt der Verf. nicht an, er rath nur kurz zur Alliance mit Österreich, Rußland und — mit England. In der That ein eigenthümlicher Gedanke, eine Alliance mit England vorzuschlagen, an der Österreich und Rußland doch indirekt Theil nehmen müßten, und ferner zu glauben, das englische Volk werde mit einem Staate in Freundschaftsbündnis treten, welcher in dem Absolutismus das letzte Wort der Politik des Continents erblickt. Wir können nicht anders, als Frieden der Asche jenes diplomatischen Testaments wünschen.

Berlin, 15. Mai. [Tagesbericht.] Man versichert heute mit Bestimmtheit, daß der König die von dem Finanzminister v. Bode eingereichte Demission angenommen habe, daß derselbe jedoch bis zur Ernennung seines Nachfolgers die Geschäfte interimistisch fortführen werde.

Herr v. Mantuffel ist gestern wenige Stunden später in Dresden eingetroffen, als Fürst Schwarzenberg. Schon der Umstand, daß die Entscheidung für die nächste Zeit wahrscheinlich durch die persönliche Zusammenkunft Sr. Majestät des Königs mit dem Kaiser von Rußland eintreffe und des letzteren mit dem Kaiser von Österreich andererseits herbeigeführt werden wird, giebt der Vermuthung Raum, daß es zu keinen ferneren Entschliessungen in Dresden mehr kommen werde. Es wird uns dies aber überdem noch in der positivsten Form versichert, indem wir ich bereits früher erwähnte, preussischer Seite den Kommissions-Vorschlägen nicht wird beigestimmt werden. Hr. v. Mantuffel bleibt in Dresden bis zum Sonnabend, da für morgen noch ein großes Diner von dem König von Sachsen zu Ehren der Konferenz-Bevollmächtigten wird veranstaltet werden. Am Sonntag begiebt sich hienächst der Ministerpräsident nach Warschau.

So eben ist hier anonym und mit dem Motto: „Aergert dich dein Auge, so reiß es aus“, eine Broschüre unter dem Titel: „Unsere Verfassung“ erschienen. Der Verfasser derselben ist:

Gleichzeitig metzelt auch die neueste Nr. der Kreuzzeitung: „Außerlichst nehmen nach wird es bei dem jetzigen Abschlusse der Dresdener Konferenz zu keiner definitiven Entscheidung irgend einer Frage von materieller Wichtigkeit kommen. Mehrere Regierungen haben entschieden gegen eine Schlussfassung über die von den Kommissionsmitgliedern behandelten Gegenstände. Die einzige Frage, welche jetzt in Dresden noch um die Festsetzung, daß bei den künftigen Bundesversammlungen der Mangel an Institutionen nicht mehr zur Verzögerung von Verhandlungen vorgebracht werden soll. Im Uebrigen werden die Verhandlungen vorgelegt werden soll. Im Uebrigen werden die Verhandlungen vorgelegt werden soll. Im Uebrigen werden die Verhandlungen vorgelegt werden soll.“

Herr Konstantin Franz, der sich bereits durch mehrere heftig gegen den Konstitutionalismus polemisirende Arbeiten bekannt gemacht hat. Die vorliegende, ziemlich umfangreiche Broschüre (sie umfaßt 289 Seiten) verfolgt denselben Zweck, denn er sagt ausdrücklich, daß der Konstitutionalismus die Vorhölle zu dem Thore bilde, über welchem die Devise der Republik geschrieben stehe, und daß die Befestigung desselben daher eine unerlässliche Bedingung für Preußen sei. Es ist zu erwarten, daß diese Broschüre mit Beschlag belegt werden wird, denn wir bezweifeln, daß irgend ein in der letzten Zeit erschienenes und konfigiertes Buch mit einer solchen Heftigkeit die bestehenden Staatsinstitutionen angreift, wie dies hier der Fall ist. Aus diesem Grunde vermeiden wir, Belege anzuführen.

In den letzten Tagen sind gleichzeitig alle drei anhaltinischen Staatsminister hier anwesend gewesen. (Preuß. Stg.) Der geheime Ratskammer-Maire befindet sich noch nicht im Gefolge Sr. Majestät, sondern wird erst heute mit dem Hofzuge nachreisen.

So eben hören wir, daß Ihre Majestät die Königin sich in Folge der eingegangenen betrübenden Nachricht von dem Ableben Ihrer königl. Hoheit der verewitweten Frau Herzogin von Leuchtenberg veranlaßt gesehen hat, die Reise nach Warschau aufzugeben. Sr. Majestät der König werden jedoch die Reise in der früher mitgetheilten Weise vollenden.

In der Kaiserin Sr. Majestät des Königs ist insofern eine Aenderung eingetreten, als Allerhöchstdieselben das zweite Nachlager nicht in Gleiwitz, sondern in Myslowitz nehmen werden, da an ersterem Orte die Beschaffung angemessener Räume nicht thunlich gewesen ist.

Der königl. preussische Gesandte in Neapel, Herr v. Brockhausen, hat einen mehrtägigen Urlaub erhalten, den er zum größten Theil in Berlin zubringen wird.

(Nat. St.) Am 10. Mai hat Herr v. d. Heydt eine Deputation der zollvereinsständischen Eisen-Industriellen empfangen, die von der in Kassel vor Kurzem stattgehabten Versammlung abgesendet worden war, um gegen den belgischen Handelsvertrag vom Jahre 1844 zu petitioniren.

Die Notariats-Ordnung hat die königliche Genehmigung erhalten.

Wie dem „M. G.“ von hier geschrieben wird, haben die General-Lieutenants Graf v. d. Groeben, Kommandeur des 7., v. Brünneke, Kommandeur des 5., und v. Hedemann, Kommandeur des 4. Armee-Korps die nachgefolgte Abschiedsbewilligung erhalten. An ihre Stellen kommen die General-Lieutenants von Schreckenstein nach Münster, als Kommandeur des 7., Fürst Radziwill nach Magdeburg, als Kommandeur des 4., und v. Wedell nach Posen, als Kommandeur des 5. Armee-Korps. Verbleibende Nachrichten zu Folge hat die russische Regierung in Lüttich 100000 Gewehre bestellt.

Seit Kurzem sind mehrere Prinzen der kaiserlichen Häuser Thüringen in die preuss. Armee eingetreten, so der Prinz Günther Leopold v. Schwarzburg-Sondershausen als Secunde-Lieutenant beim Garde-Kürassier-Regimente und Prinz Moriz von Sachsen-Altenburg, früher in bairischen Diensten, als Secunde-Lieutenant beim Garde-Husaren-Regimente. Sicherem Vernehmen nach wird der Erbprinz von Dessau zum 1. Juli seine militärische Laufbahn im preussischen Heere beginnen und in das erste Garde-Regiment zu Fuß eintreten.

Am 10. d. M. hat die Reduktion der vierten Bataillonie der Garde-Infanterie mit 57 Mann pro Bataillon stattgefunden und sind die ältesten Reserve-Mannschaften entlassen. (C. B.)

Z. Aus der Provinz Posen, 16. Mai. [Unter-richts-Anstalten.] Der seit längerer Zeit von hier aus auch durch die Presse angeregten Vernehmung der höheren Unterrichts-Anstalten sowohl um den Forderungen der politischen Nationalität Rechnung zu tragen, als auch insbesondere um dem immer mehr zunehmenden Bedürfnisse nach technischen Bildungsanstalten zu genügen, scheint nunmehr die ernstliche Berücksichtigung der obern Schul-Verwaltungs-Behörden zu Theil geworden zu sein. Aus verlässlichen Mittheilungen geht nämlich hervor, daß die Regierung damit umgehe, ein zweites (eigentlich drittes) rein polnisches Gymnasium zu Schrimm a. d. W. zu errichten, und nur der Zeitpunkt für die Eröffnung desselben soll noch nicht bestimmt sein. Die entgegenstehenden Wünsche mehrerer anderer Districten, die mit Schrimm um die Gewinnung der neu zu errichtenden Anstalt in Konkurrenz getreten und die zum Theil nicht unerhebliche Opfer aus ihren Kommunalmitteln geboten, sind sämtlich unbeachtet geblieben. — Endlich ist auch noch eine Vernehmung der Zahl der hier bereits bestehenden Realschulen im Werke. In Posen ist bereits seit Ostern an dem bösigen königl. Friedrich-Wilhelms-Gymnasium mit der Errichtung einer Realschule nach Art, wie diese bereits seit zwei Jahren an dem dortigen katol. Marien-Gymnasium besteht, vorents am Kommunal-Mitteln, vorangegangen worden. Nunmehr steht auch die Erweiterung und Umwandlung der kgl. Kreis-Schule zu Graubitz in eine Realschule bevor. Die Stadtbehörden des letzteren Ortes haben in einen jährlichen Zuschuß von 2000 Thlr. gewilligt, diese in Verbindung mit den Fonds der bisherigen Kreis-Schule scheinen genügend, um die materielle Existenz der neuen Anstalt zu sichern. Die eigentlichen Gymnasien allerdings an Frequenz sehr verlieren; wie denn namentlich dem Kaiser Gymnasium, das was die äußere Ausstattung der Anstalt und die Vernehmung seiner Schülerzahl betrifft, unter seiner jetzigen Leitung unbestreitbar sehr gewonnen, mit der Errichtung des Schrimmer Gymnasiums und der Graubitzer Realschule eine beträchtliche Abnahme seiner Frequenz bevoileht. Doch dürfen wir jene neuen Schöpfungen im Gebiete des Erziehungs- und wissenschaftlichen Streben hinweisen, mit Freudigkeit begrüßen.

König, 12. Mai. [Aus-schung.] Den Stoff zur Unterhaltung knüpft man an ein Plakat, das man heute früh an den Straßenecken gefunden haben soll. Wie man allgemein erzählt, so bezieht sich dasselbe auf mehrere Beamten unserer Stadt-Haus-Juchungen, welche wahrscheinlich die Quellen, aus der diese Schrift floß, entdecken sollten, sollen bis jetzt ohne Erfolg geblieben sein. In dem Hause des Dr. Becker, der seit mehreren Tagen verest ist und erst nach einigen Tagen zurückkommt, sah man sich zuerst um und versiegelte die Papiere. Zu einer anderen Wohnung fand man einige, aber nicht auf diesen Gegenstand bezügliche und, wie es heißt, nicht gravirende Papiere. (Düsseld. St.)

Deutschland.

Dresden, 14. Mai. Heute Morgen halb 5 Uhr ist der k. k. Ministerpräsident Fürst v. Schwarzenberg von Wien, und der königl. preuss. Ministerpräsident Freiherr v. Mantuffel Mittags halb 1 Uhr von Berlin hier eingetroffen. Beide wurden in königlichen Hofwagen von den Bahnhöfen nach dem königl. Prinzenpalast abgeholt, wo dieselben wie bei der früheren Anwesenheit wieder abgetreten sind. Von München ist Herr Ministerpräsident v. d. Pfordten, von Hannover Herr von Münchhausen, von Darmstadt Herr v. Dalwigk, von Karlsruhe Freiherr v. Rabe, von Stuttgart Freiherr v. Neurath angekommen, so wie überhaupt die meisten der Herren Minister, welche der Eröffnung der Konferenz beizuwohnen haben, hier wie der anwesend sind. Von Berlin ist ferner angelangt der kaiserliche Gesandte Herr v. Prokeß-Dien, von Wien der königl. bairische Gesandte Graf v. Lerchenfeld und der königl. sächsische Gesandte Herr v. Rönnerig. Einem Diner, das heute zu Ehren der Ministerpräsidenten von Österreich und Preußen

beim Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Freiherrn v. Beust, stattfand, wohnte auch ein Theil der bereits anwesenden Konferenz-Bevollmächtigten bei. (Dresd. St.)

Dresden, 15. Mai. [Schluß der Konferenz.] Heute Vormittag 10 Uhr traten die Mitglieder der Ministerial-Konferenz im Brühlischen Palais zu der letzten Plenar-Sitzung zusammen, welche mehrere Stunden dauerte. Um 4 Uhr versammelten sich dieselben in großer Uniform zum zweiten Male zu der feierlichen Schluss-Sitzung der Konferenz. Nach derselben fand im königl. Schlosse großes Diner statt, zu welchem Sr. Majestät der König sich von seinem Weinberge zur Stadt begeben hatte und welchem die anwesenden Herren Ministerpräsidenten und sämtliche Herren Konferenz-Bevollmächtigten beiwohnten und zu dem außer den sächsischen Herren Staatsministern auch die am hiesigen Hofe beglaubigten Gesandten deutscher Höfe gezogen waren. (Dresd. St.)

Frankfurt, 13. Mai. [Tagesneuigkeiten.] Se. Maj. der König von Würtemberg hat dem Präsidenten des Vereins zum Schutze vaterländischer Arbeit, Prinzen Felix zu Hohenlohe, als Zeichen allerhöchster Anerkennung für seine gemeinnützigen Bestrebungen das Großkreuz des königlich württembergischen Friedrichs-Ordens verliehen. — Se. königliche Hoheit der Kurfürst von Hessen ist hier angekommen und in seiner Villa abgesehen. — Die beiden regierenden Bürgermeister der freien Stadt Frankfurt statten gestern bei dem königlich preussischen Bundes-Tages-Gesandten, Herrn Baron v. Nochow, einen Staatsbesuch ab, wonach derselbe, nebst dem königlich preussischen General-Lieutenant Hrn. v. Peucker bei dem k. k. österreichischen Bundes-Tages-Präsidenten, Hrn. Grafen v. Thun-Hohenstein, speiste. — Hr. v. Taltay ist nun wirklich als französischer Ministerresident bei der freien Stadt Frankfurt akkreditirt. (D. P. St.)

München, 12. Mai. [Die Kammer der Reichs-Stände.] hatte heute eine Sitzung von großem Interesse; die Berathung des Notariats-Gesetzes stand auf der Tagesordnung und nicht weniger als 37 Mitglieder dieser Kammer, eine Anzahl, wie man sie nur bei außerordentlichen Gelegenheiten beisammen findet, nahmen an dieser Sitzung Theil. Die allgemeine Diskussion währte mehr als fünf Stunden, und als es endlich an die Berathung des ersten Artikels ging, nahm die Kammer mit 27 gegen 10 Stimmen das Princip der Verfahrbarkeit aus administrativen Erwägungen für die Notare an, während der Entwurf sei in dieser Beziehung den richterlichen Beamten gleichgestellt. Der Justizminister erklärte, wenn die andere Kammer diese Aenderung gutheissen sollte, wegen dieses Punktes das Gesetz nicht fallen lassen zu wollen; wohl aber dann, wenn die Reichs-Stände die von ihrem Ausschusse empfohlene Forderung der Notare gutheissen sollten, wodurch das ganze Institut völlig bedeutungslos werden würde. Erst morgen oder übermorgen wird sich die Kammer hierüber schlüssig machen, und von ihrem Beschlusse wird es abhängen, ob eine Aenderung im Ministerium stattfinden werde oder nicht. (D. P. St.)

München, 13. Mai. [Herzogin v. Leuchtenberg.] Heute Nachmittag ist die Herzogin von Leuchtenberg mit Tode abgegangen. — Die verewitwete Herzogin Auguste Amalie (älteste Prinzessin Tochter erster Ehe weiland Sr. Majestät des Königs Maximilian Joseph von Bayern und also Halbschwester Ihrer Majestät der Königin von Preußen) war geboren am 21. Juni 1788, wurde vermählt am 14. Januar 1806 mit dem Prinzen Eugen Beauharnois, damals Kronprinz von Italien, nachmals Herzog von Leuchtenberg und Fürst von Eichsfeld, Wittwe desselben seit 21. Februar 1824. (M. P. St.)

Stuttgart, 11. Mai. [Preußen zu Würtemberg.] Die „Deutsche Chronik“ giebt in einem anscheinend officiösen Artikel zu, daß in der letzten Zeit zwischen dem hiesigen und dem Berliner Kabinete eine Annäherung erfolgt sei, die eine baldige Wiederanbahnung des diplomatischen Verkehrs in nahe Aussicht stelle. — Robert v. Mohl soll in Folge des persönlichen Vermögens des Hrn. v. Wächter-Spittler die Berufung als Kanzler an die Universität Tübingen angenommen haben. (M. St.)

Darmstadt, 12. Mai. [Niederlage.] In der heutigen Sitzung der zweiten Kammer erlitt das Ministerium eine starke Niederlage, indem sich bei der Frage über die Kompetenz der Bezirksgerichte 35 gegen 11 Stimmen gegen die Ansicht des Ministeriums erklärten.

Oldenburg, 13. Mai. [Das neue Ministerium.] Das heutige Angebotsblatt verkündet die (gestern gemeldete) Veränderung des Ministeriums mit der weiteren Bekanntmachung, daß den Ministerial-Vorständen die Amtsbezeichnung von „Staatsrathern“ beilegt sei. Da das neue Ministerium wesentlich aus der Mehrzahl der Mitglieder des abgetretenen Ministeriums besteht, so wird man annehmen dürfen, daß kein Wechsel des Systems eintreten wird, und somit wären die Hoffnungen der Linken, sowie die unserer Rektionäre abermals getäuscht. Ob es aber dem neuen Ministerium demnach gelingen wird, die Verhandlungen mit dem Landtage zu einem geordneten Ende zu führen, steht dahin und ist mindestens sehr fraglich. Immer aber verdient es Anerkennung, daß anscheinend nochmals der Versuch gemacht werden soll, ohne extreme Schritte nach der einen oder anderen Seite hin die Staatsmaschine in Gang zu erhalten, eine Aufgabe, auf welche man unter den gegenwärtigen Verhältnissen, bei den kriegenden Zuständen Deutschlands, sich wohl wird beschränken müssen. (Wes. St.)

Von der Niederelbe, 15. Mai. [Deutsche Flotte.] In Betreff der deutschen Flotten-Angelegenheit hat die hannoversche Regierung an Oldenburg und die Hansestädte eine Einladung zu einer Versammlung in Hannover ergehen lassen. Unser Staat wird einen Delegirten dorthin senden. Wie man hört, ist Hannover von Bundeswegen zur Veranstaltung dieses Congresses aufgefordert, um in dieser wichtigen Sache die Stimmung Norddeutschlands abzufragen. Was man in Frankfurt, Berlin und Wien für oder gegen dieselbe beabsichtigt, wird bestimmt nicht kund, doch aber geht aus einzelnen Anzeichen hervor, daß man sich noch nicht fest entschlossen hat, sie ganz fallen zu lassen. Denn der deutsche Admiral Brommy läßt nicht, wie es geheiß, für die österreichische, sondern für die deutsche Kriegsflotte jetzt hier 60 Seeleute anwerben, nachdem deren Mannschaff sich leithin auf 6000 reduziert; dieselben sind zunächst für die Dampf-Fregate „Hansa“ bestimmt. (M. St.)

Kiel, 14. Mai. Die Mehrzahl der holländischen Notabeln, welche sich gestern zum Zweck einer vorgängigen Besprechung hier eingefunden hatte, hat sich heute nach Flensburg begeben. So viel ich höre, werden dieselben sich jedenfalls nur nach Einlegung eines Protestes gegen jedes Arrangement, welchem die Trennung der Herzogthümer zu Grunde liegt, auf weitere Verhandlungen einlassen.

Wenn Jemand neulich mitgetheilt wurde, daß wohl nächsten Sessionen zur Rekrutierung des Contingents abgehalten werden würden, so kann ich Ihnen melden, daß darüber jedenfalls noch Nichts entschieden ist. (H. M.)

Kopenhagen, 12. Mai. Hier ist folgende Bekanntmachung erschienen: „In Folge des zügellosen Benehmens von Seiten des Pöbels, welchem das königl. Postdampfschiff „Eideren“ bei seiner letzten Anwesenheit in Kiel ausgesetzt war, steht sich die Postverwaltung bis auf Weiteres und namentlich bis die erforderliche Garantie für eine bessere Aufrechterhaltung der Ordnung in Zukunft gegeben ist, in die Nothwendigkeit, das königl. Dampfschiff Wisnar oder Lübeck statt Kiel anlaufen zu lassen. Heute wird „Eideren“ unter Beobachtung angemessener Vorkehrungen noch einmal nach Kiel gehen; ob nächstes Mal Wisnar oder Lübeck angelaufen wird, soll näher bekannt gemacht werden.“

werden. Was auf Befehl des Finanzministeriums zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird. Kopenhagen, den 12. Mai 1851.

D. Danneberg-Samsø, General-Postdirektor. „Frederiksborg meldet: „Als das Dampfschiff „Eideren“ Sonnabend Abend nach Ankunft des Eisenbahnzuges zwischen 8 1/2 und 9 Uhr von Kiel abgehen sollte, und außer General-Lieutenant Bardenheyl und Kammerherren Blücher auch Graf Reventlow-Criminil sich an Bord befand, vernünftlich um von Ersteren Abschied zu nehmen, wurde aus der Hafen versammelten Volksmenge ein faulbider Stein ins Schiff geschleudert und der Obersteuermann am Arm so schwer getroffen, daß er nicht mehr im Stande war, seinen Dienst zu verrichten; und als Graf Reventlow-Criminil bald darauf das Schiff verlassen, wurde dasselbe mit einem ganzen Hagel von Steinen überschüttet, wobei jedoch Niemand von den Passagieren oder der Schiffsmannschaft beschädigt wurde.“

Nach demselben Blatte ist die Regelung der schleswighischen Flüchtlings-Angelegenheit in der Weise abgemacht, daß alle Flüchtlinge, mit Ausnahme von etwa 40, zurückkehren können, wenn sie ein besonderes Gesuch deshalb einreichen und sich den von Sr. Majestät schleswighischen Regierung festzusetzenden Bedingungen unterwerfen, als deren wesentlichste eine spezielle Polizeisicherheits-Bezeichnung wird. Jaedrelander meint, es dürfte hier eine politische Nothwendigkeit vorliegen; man sollte indeß den Flüchtlingen lieber Mittel zur Auswanderung geben!

Die Notabeln für das Königreich Dänemark reisen heute mit dem Dampfschiff „Geyler“ nach Flensburg ab, nachdem sie gestern jeder insbesondere Audienz beim Könige gehabt. Mit demselben Dampfschiffe kehrt auch Geheimrath v. Zillisch nach Flensburg zurück.

Oesterreich.

Wien, 15. Mai. [Tagesbericht.] Die Gerichts-eintheilung und Gerichtsverfassung für Siebenbürgen ist publizirt. (S. gest. Stg.) — Die als Strafe erfolgte Suspension des „Wanderer“ auf 8 Tage erfolgte wegen eines Artikels in Nr. 216 vom 9. Mai über eine in Ugram zu erscheinende Zeitung Domobran. — Der Redakteur Ritter v. Seyfried, Beamter der Sparkasse, erhielt auf 8 Tage Profenzen. — Bei der nächsten Benämigung dieses Journals ist die gänzliche Suspension angedroht. — Am 20. wird Sr. Maj. Kaiser Ferdinand in Kremsier erwartet, wo Höchstderselbe einige Wochen zubringen gedenkt. — In Dimaß konzentriren sich die in der Hanna dislocirten Truppen zu einem großen Manöver. — Von mehreren Seiten wird einer beabsichtigten Reise des Kaisers nach Warschau auf das Bestimmteste widersprochen. — Pro und contra sind aber nichts als Muthmaßungen, da über die Vorhaben in der kaiserlichen Familie das tiefste Geheimniß bewahrt wird. — Da die Beratungen der griechisch-unierten Bischöfe zu Ende sind, weshalb Patriarch Rujacic bereits dieser Tage Wien verläßt, dürfte das Kultusministerium an die Ordnung der südbischen Angelegenheiten gehen, und man bringt hiermit auch die Anwesenheit des Rabbiner Kohn, welcher bei der Prager Notabeln-Versammlung exultirte, in Verbindung. Der Bericht der böhmischen Statthalterei über das Resultat jener Beratungen ist vorige Woche hier eingelaufen.

Wie wir aus sicherer Quelle vernehmen, steht nunmehr auch die politische Verwaltungsorganisation des Kronlandes Siebenbürgen auf dem Punkte der Veröffentlichung zu werden. An der Spitze der politischen Administration steht der Statthalter. Das Land zerfällt in fünf Kreise: das Sachsenland, der Karlsburger, Klausenburger, Dreser und Maros-Baschepel-Kreis.

Als Ergebnis der diesfalls in der Wiener Handelskammer gepflogenen Beratungen hat sich herausgestellt, daß die in Wien abzuhaltende Industrie-Ausstellung erst im Jahre 1853, statt im Jahre 1852 eröffnet werden dürfte. Auch ist mehrfach der Wunsch laut geworden, diese Ausstellung möge nicht eine spezifisch österreichische, sondern eine deutsch-österreichisch-mittelitalienische sein. Wie aus den bezüglichen Vorträgen hervorgeht, scheint das Handelsministerium geneigt, sich demselben anzuschließen.

Dem „Pesti Naplo“ schreibt man, daß in Rom (Volnare Comitatus) am 3. Mai eine reiche junge Erbin, Gräfin Elzavir Rias, meuchlerisch erschossen wurde. — Derselbe Korrespondent, der diese Nachricht mittheilt, schreibt, daß in Kaposvár kürzlich einige Räuber durch den Strang hingerichtet wurden. Nichtsdestoweniger gebe es in den Wäldern Somogy viele Räuber, denen man um so weniger beikommen kann, als sie mit dem Landvolke in einer Art von telegraphischer Kommunikation stehen, wo durch sie von jedem Schritte der gegen sie ausgesendeten Gendarmen oder Truppen in Kenntniß gesetzt werden.

Frankreich.

Paris, 13. Mai. [Das Wahlgesetz vom 31. Jan. Mai.] Die Fusion. — Ein geheimnißvoller Befehl an die Truppenkommandanten. Es ist bezeichnend für den Zustand der Dinge in Frankreich, daß je näher der Augenblick der Entscheidung kommt, das Vertrauen in die Barricaden, durch welche man bisher das Volk eindämmen zu können hoffte, immer mehr sinkt. Das Wahlgesetz vom 31. Mai wird von der konservativen „Debnungspartei“ als der Unter begriffen, auf welchem das Fahren ihrer Interessen auf der stürmischen Woge des Volkswillens sicher liegen könne, und jetzt bemüht man sich, den Anker zu fischen, voll Furcht, daß man andern Falls von den empörten Wogen gerissen würde.

Es ist kein Zweifel mehr, daß Dr. Veron den geheimen Gedanken des Lysee ausgesprochen hat, weshalb es denn auch nicht zu verwundern, wenn er bereits Profekten macht. So äußerte sich heute Herr v. Persigny sehr unvorteilhaft: „Ich war ein fanatischer Anhänger des Gesetzes vom 31. Mai; seit drei Tagen aber habe ich meine Ueberzeugung vollständig gewechselt und ich bin entschlossen für die Rückkehr zum alten meinen Stimmrecht.“

Nicht unglauwürdige Gerüchte sprechen bereits von einem Ministerium Adilon Barrot, weil über die Geneigtheit des letzteren zu einem Widerruf oder einer weitgehenden Modifikation des Gesetzes vom 31. Mai kein Zweifel herrscht.

Auch spricht man offen und allerwärts von dem Zwiespalt, welcher in Betreff dieses Gegenstandes im jetzigen Kabinete herrscht und daß die Herren Fould und Rouher mit dem „Constitutionnel“ einverstanden sind, während Leon Faucher die Forderung des Gesetzes vom 31. Mai handfest aufrecht erhält, so zwar, daß er in einer Depesche vom 9. d. Mts. dem Präsidenten des Landes, welche den Wählern der „Debnungspartei“ mitgetheilt werden sollte, erklärt, daß der Regierung Angehörigen der Umarmen der vorerklärten Opposition nur solche Kandidaten angenehm sein könnten, welche sich im Namen des Gesetzes vom 31. Mai präsentiren. Herr v. Girardin wollte in Bezug auf dieses Ereigniß den Herrn Minister interpelliren, die Legislative gestattete jedoch die Begründung der Interpellation nicht.

Inzwischen fehlt es nicht an andern Interpellationen, welche die Leidenschaft der Versammlung erregen werden; die einen beziehen sich auf die Vorfälle im Departement der Isere, die Absetzung des Maire und des Obersten der Nationalgarde, sowie die Auflösung der letzteren u. f. w., andere beziehen sich auf die Gefangenen von Belle-Isle.

Die erste genannte Interpellation steht morgen auf der Tagesordnung.

Bei der heute wiederholt vorgenommenen Wahl des Vicepräsidenten hat die Fusions-Fraktion schmachlich Fiasco gemacht. Gerade der Kandidat, über welchen man sich im Interesse der

